

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1298

Organ für das werktätige Volk

Verlag: Gebr. Arnhold, Dresden  
und Sachse'sche Buchhandlung

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
"Nach der Arbeit" und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnr. 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibzeitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 60 mm breite Reflamzeile 1,50 M., für ausstehende An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuch  
40 Pf. Rabatt. Für Fernüberlegung 10 Pf.

Nr. 130

Dresden, Dienstag den 8. Juni 1926

37. Jahrg.

## Hindenburgs Fürstenbrief

Der „unparteiische“ Reichspräsident

Als der Reichspräsident von Hindenburg im vergangenen Jahre sein Amt antrat, gelobte er, die Geschäfte des Reiches unparteiisch im Interesse des Volkes zu führen. Er selbst mag dazu bis auf den heutigen Tag den Willen gehabt haben, aber es ist nur noch ein öffentliches Geheimnis, daß auf ihn von seit Monaten im Sinne einer einseitigen deutsch-nationalen Parteiherrschaft eingewirkt wird. Seit hat der Reichspräsident den rechtsradikalen Einflüssen Folge geleistet und einen Schritt getan, der ihn insbesondere in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung viel zu Ansehen kosten wird.

Der Fortwärtige kündigte bereits am Sonntag an, daß der ehemalige königliche Staatsminister von Loebeil durch die Veröffentlichung eines Briefes von Hindenburg über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten einen großen Schlag gegen den Volkssentscheid plante. Am Montag ist dieser Brief der Öffentlichkeit übergeben worden, und zwar nicht, wie jedermann annehmen sollte, gegen den Willen Hindenburgs, sondern, wie Loebeil feststellt, mit seiner ausdrücklichen Genehmigung. Die wesentlichsten Stellen des an Herrn von Loebeil gerichteten Schreibens lauten:

Sehr geehrte Erzählung!

Von Ihrem Schreiben vom 19. Mai habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Ihrer Anregung, zum Vorkommen auf Enteignung der Fürstenvermögen etwa in öffentlicher Ausdehnung Stellung zu nehmen, vermag ich aber aus staatsrechtlichen, sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Reichspräsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen nicht zu entsprechen. Von einem Erlaß an die Reichsregierung möchte ich absehen. Die Reichsregierung hat bereits in ihrer Kundgebung vom 21. April dieses Jahres klar und deutlich erklärt, daß die entschädigungslose Enteignung der Grundbesitzer, die in einem Rechtsakte die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben, unzulässig ist. Sie hat von diesem Standpunkt des Rechts festhalten und der erwähnten amtlichen Kundgebung als auch durch den Reichspräsidenten des Reiches in der Reichstagsitzung vom 28. April d. J. ausdrücklich bestätigt, daß sie das Volksgesetz auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen aus dem entscheidenden absehe.

Was die von Ihnen erwähnten, im weiteren Verlauf der Dinge von mir persönlich zu treffenden Entscheidungen anlangt, so muß ich mir — wie es die Verfassung vorschreibt — meine Entscheidung vorbehalten, bis das Ergebnis des Volkssentscheids und die Lage der Volksgesetzgebung dieses Gesetzes an mich herantritt. — Ich will es aber doch nicht unterlassen, Ihnen meine persönliche Auffassung dahin mitzuteilen, daß ich die von Ihnen geäußerten Forderungen in vollem Umfange teils und die gleichen Gedanken teils auch schon von Anfang dieser Entscheidung der Dinge an auch der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht habe. Daß ich, der ich mein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der deutschen Kaiser verbracht habe, dieses Volksgesetzes zunächst als ein großes Unrecht, nun aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgesühl und als großen Unlauter empfinde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen. Ich will mich aber denken, den Enteignungsentscheid hier nicht als eine politische, sondern lediglich als eine moralische und rechtliche Angelegenheit zu betrachten. Ich sehe in ihm unter diesen Gesichtspunkten einen sehr betrüblichen Vorstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaates, dessen tiefes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist. Es verstoßt gegen die Grundgesetze der Moral und des Rechts. Es könnte aus dem jetzt vorliegenden Einzelfall die Methode entstehen, durch Aufreizung der Antipathie der Massen und Ausnutzung der Not des Volkes mit falschen Volkswortführungen auf dem Wege der Enteignung weiterzugehen und damit dem deutschen Volke die Grundlagen seines wirtschaftlichen und staatlichen Lebens zu entziehen. Ich sehe hierin eine große Gefahr, die gerade in unserer Zeit, in der die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und ideellen Kräfte für unsere Selbstbehauptung am notwendigsten ist, unsere staatsrechtliche Grundlage bedroht und in einem Zeitpunkt, wo wir eben die ersten Schritte auf dem Wege zu neuer wirtschaftlicher Geltung getan haben, unsere Stellung in der Welt schädigt.

Der Reichspräsident hat mit diesem Briefe und seiner Veröffentlichung den bisherigen Grundsatze, sein Amt unparteiisch zu führen, preisgegeben und sich in die Schranken der Parteipolitik hineingestellt. Der Umstand, unter dem das geschah, ist besonders charakteristisch. In seinem Schreiben hat Hindenburg selbst, daß er aus staatsrechtlichen und den aus der verfassungsmäßigen Stellung des Reichspräsidenten ergebenden Gründen nicht in der Lage ist, in einer öffentlichen Kundgebung zu der entschädigungslosen Enteignung Stellung zu nehmen, und trotzdem gestattet er die Veröffentlichung seines Briefes, der so zu einer öffentlichen Kundgebung geworden ist! Man wird überhaupt den Eindruck nicht los, daß dieser Brief nur zu dem Zweck der Veröffentlichung geschrieben wurde. Wenn der Reichspräsident schon der Auffassung war, daß er nicht in der Lage ist, öffentlich zu dem Volkssentscheid Stellung zu nehmen, warum hat er dann diesen Brief überhaupt geschrieben und warum hat er die Zustimmung zu seiner Veröffentlichung gegeben? Es ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen, daß zwischen seiner Auffassung und seiner Handlungsweise ein Unterschied liegt, als dessen Ursache nur der Wille, den Fürsten in höchster Not zu Hilfe zu eilen, festzustellen ist.

Dieses Ziel dürfte bei der Stimmung im Volke, die von dem Reichspräsidenten zu seinem persönlichen Schaden sehr unterstützt worden ist, nicht erreicht werden. Am allerwenigsten aber durch den Inhalt eines Briefes, der des ersten Be-

amten der deutschen Republik nicht würdig ist. Es ist das gute Recht des Reichspräsidenten, bei seiner traditionellen Auffassung den Volkssentscheid als ein „großes Unrecht“ zu betrachten und in ihm einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgesühl nebst einem Unlauter gegenüber den Fürsten zu sehen. Er vergißt, daß Millionen deutscher Staatsbürger von den angestammten Herrscherhäusern nur Unlauter geerbt haben und daß unter diesen Umständen bei dem besten Willen sein Grund besteht, Unlauter mit Dank zu belohnen. Schließlich haben die habgierigen Forderungen der Fürsten in einer Zeit, wo Hunderttausende hungern, am besten gezeigt, daß sie keiner anderen Behandlung würdig sind, als sie ihnen durch den Volkssentscheid zuteil werden soll.

Aber abgesehen davon liegt die Ursache des Volkssentscheids in einer Jahrhunderte dauernden Verletzung aller „Grundlagen der Moral und des Rechts“ durch die „angestammten Herrscherhäuser“. Sie alle haben es verstanden, sich unter dem Druck der Gewalt auf Kosten des Volkes zu bereichern und sich ein „Privatvermögen“ zu verschaffen, das nichts anderes ist als erpreltes Volksgut. Diese Sittenverletzung aber auf Bestrebungen zu beziehen, durch die nichts anderes ermöglicht werden soll, als daß dem Volk wiederzugeben wird, was des Volkes ist, ist nicht anders als eine Verdrehung der Tatsachen.

Der Brief des Reichspräsidenten mit seinen deutsch-nationalen Argumenten für die Fürsten liegt nun einmal der Öffentlichkeit vor und mit ihm muß in dem Kampf für das Recht des Volkes gerechnet werden. In Millionen von Flugblättern soll er in das Land hinausgehen, und Hunderttausende von Goldmark sind von den Fürsten bereits zur Verfügung gestellt worden, damit das Schreiben vor der entscheidenden Abstimmung an jeder Plafastüle Deutschlands prangen kann. Wir haben von dieser Agitation nichts zu befürchten. Sie muß für die Anhänger der entschädigungs-

losen Enteignung ein neuer Anreiz sein zur unermüdetlichen Arbeit für das erstrebte Ziel, und wir sind gewiß, daß die Rechtsparteien mit ihrem großen Schlag das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie erreichen wollten.

## Flitschusterei am Fürstenabfindungsgesetz

8. Berlin, 8. Juni. (Sig. Funkbr.) Das Reichsstatistikamt hat am Montag wie verlautet, im Prinzip beschließen, den Gesetzentwurf zur Fürstenabfindung, wie er im Reichstagsausschuß unter den Regierungsparteien zustande gekommen und mit wenigen Änderungen von der Regierung übernommen worden ist, durch eine neue Einseitigkeit so zu gestalten, daß ohne eine Änderung im eigentlichen Text dem Gesetz der Charakter eines Entschädigungsgesetzes genommen wird, wobei die Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit, die nie und nimmer zustande kommt, entfallen soll. In diesem Punkte soll in der Einleitung zu dem neuen Kompromißgesetz Bezug genommen werden auf die durch die Staatsumwälzung des Jahres 1918 neu geschaffenen Rechtsgrundlagen, die bei der Regelung der Fürstenabfindung nun auf einmal Berücksichtigung finden sollen.

Die Reichliche Zeitung gibt heute morgen ihren Meinung dahin Ausdruck, daß die Absichten, das Kompromißgesetz mit einfacher Mehrheit im Reichstag durchzubringen, gänzlich scheitern, bis zur Stunde, da die Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes an Herrn v. Loebeil erfolgte. Damit ist jede Hoffnung zerfallen, daß die Sozialdemokratie bei der Abstimmung wenigstens Stimmhaltung über. Bei dieser Gelegenheit erklärt man, daß mitten in die gestrige Sabinettssitzung die Nachricht von der Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes flitschte. Man habe noch darüber diskutiert, daß eine Veröffentlichung dieses Privatbriefes dem Ansehen und der Autorität Hindenburgs schaden könne und darum unter allen Umständen unterbleiben müsse. Aber Herr von Loebeil hatte das dem Reichspräsidenten abgeprechte Schreiben bereits der Öffentlichkeit übergeben. Am Reichsstatistikamt, so wird berichtet, sei die Auffassung zum Ausdruck gekommen, daß der Reichspräsident bei diesem Schritt sehr schlecht beraten worden sei.

## Der sozialistische Erfolg in Mecklenburg

Das Wahlergebnis

Nach den bisher festgestellten Zählungen, die noch keine Ergänzungen erfahren werden, haben Stimmen und Mandate erhalten

	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	105 619 (74 923)	21 (15)
Kommunisten	17 681 (44 765)	3 (9)
Demokraten	8 102 (11 738)	1 (2)
Deutschnationale	59 746 (85 178)	12 (19)
Deutsche Volkspartei	21 973 (23 962)	4 (5)
Hörsing (Evangel.)	24 524 (63 511)	5 (13)
Nationalsozialisten (Hitler)	4 872	—
Christlichsozialpartei	15 902 (5 122)	3 (1)
Wiederpartei	7 296 (—)	1 (—)

Der gewaltige Erfolg der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen in Mecklenburg ist ein hoffnungsvolles Zeichen für den politischen und sozialen Fortschritt im deutschen Volke. Es zeigt dafür, daß die Aufklärung selbst in den dunklen agrarischen Gegenden nicht mehr zu unterbinden ist. Vor allem aber wird bestätigt, daß das Volk von einer deutsch-nationalen „Ordnungsregierung“ nichts wissen will. In Stadt und Land hat das deutsch-nationale Regiment des Junkers von Brandenstein abgewirtschaftet, so daß es durch den Volkswillen erschlagen wurde. Die Stimmenverluste der Rechtsparteien sind geradezu katastrophal, ebenso der Stimmenrückgang der Kommunisten. Einzige die Sozialdemokratie gewann an Stimmen und Mandaten, und zwar in großem Ausmaß. Über 30 000 neue Wähler traten zur Sozialdemokratie, so daß ihre Stimmen von 75 000 auf über 105 000 wuchsen. Das bedingt eine Mandatssteigerung von 15 auf 21.

Die Deutschnationalen sanken von beinahe 100 000 Wählern auf 60 000 herab, die Hörsing von 63 000 auf kaum 30 000. Auch die Demokraten verlieren, nur die sogenannte Wirtschaftspartei, eine mittelständlerische Zusammenschließung unklarer Eindrücke, gewann eine Anzahl Stimmen und ein paar Mandate. Das hat nur Augenblicksbedeutung, denn zu einer festen Partei gelangen diese widerstreitenden Elemente nicht.

Aber eben so, wie die Wähler den Diktatoren der Reaktion den Kontrast haben, wandten sich viele Schichten von den Forderungen der Mosaner ab. Der Niederlage der Rechten entspricht die Niederlage der Kommunisten. Ihre Stimmen sanken von 45 000 auf kaum 18 000 herab, sie verloren also mehr als die Hälfte. Das war vorauszuwischen, denn die 45 000 Stimmen von 1921 waren einfach Inflationsstimmen, Verzweiflungsstimmen ungeklärter Massen, die „kommunistisch“ wählten weil sie damit den schärfsten Protest gegen die Not einbringen glaubten. Sie sind zu reichlichen Häufte bereits gebeilt und für die Mosaner sinnlose Verzweiflungsstimmstiftung trotz reichhaltiger Agitationsanstrengungen der KPD, nicht zu retten. Wer als Schaffender die Politik der Arbeiterpartei prüft und verfolgt, kommt zur Sozialdemokratie. Das bedingt der Verfall der kommunistischen Bewegung in Mecklenburg. Die Sozialdemokratie hat durch ihre

demokratisch-politische und soziale Taktik die Zustimmung der denkenden Arbeitermassen gefunden, so daß sie trotz allen Verwirrungsversuchen von rechts und links, von außen und innen, doch fest und sicher vorwärts und aufwärts schreitet. Der Mecklenburger Wahlerfolg ist eine Herausforderung für das große Ringen zum Volkssentscheid. Die denkenden und wissenden Genossen müssen alle Kraft für Aufklärung und Werbung einsetzen, auf daß der nächste Schlag am 20. Juni zu einem Erfolg der Arbeiterklasse, zu einem Triumph des gesamten schaffenden Volkes werde!

## Eine Linkskoalition?

SPD, Schwerin, 7. Juni. (Sig. Funkbr.) In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die drei Wirtschaftsparteien bereit sein sollen, neben dem demokratischen Abgeordneten und dem Wiederpartei mit der Sozialdemokratie eine Regierung zu bilden.

## Im Spiegel der Presse

Die Presse aller Parteirichtungen sieht sich, wenn auch vielfach wider Willen, gezwungen, den überwältigenden Erfolg der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen in Mecklenburg anzuerkennen und ihm die fälschliche Schlappe der Völkischen und Deutschnationalen einerseits und der Kommunisten andererseits gegenüberzustellen. Der Gesamtverlust der Deutschnationalen und Völkischen, schreibt die Reichliche Zeitung, beträgt nahezu 75 000 Stimmen, und das will was bedeuten bei einer Gesamtstimmzahl von noch nicht 300 000. Auf der anderen Seite haben die Sozialdemokraten 50 Prozent gewonnen, sie sind jetzt die weitaus stärkste Fraktion im mecklenburgischen Landtag. Das Berliner Tageblatt stellt fest: „Die Reichsmehrheit im Schweriner Landtag ist gebrochen. Die Sozialdemokratische Partei, die im Jahre 1921 mit unter den Deutschnationalen zurückgefallen war (rund 70 000 gegen 60 000), hat jetzt die Deutschnationalen weit überholt.“ Auch die Germania bekennt: „Als ungeschicklicher Erreger ist die Sozialdemokratie hervorgegangen, die nach Stimmenzahl bedeutend vergrößert hat.“

Die Presse der Rechten wendet sich durch alle Mundarten, um ihren Lesern die nackten und aus den Zahlen klar in die Augen springenden Tatsachen möglichst zu verblenden. Das völkische Volkstagen, die Deutsche Zeitung, behauptet weitgehend in der Heberichsiten dem Sieg der SPD, bezeichnet ihn aber als „sozialistischer Zwangszug“. Zweifeln besteht, weil man hofft, daß in Bezug auf den Volkssentscheid die Mecklenburger Wahl nicht als Sündenbock wirken wird, vor dem sich die Völkischen retten werden, sondern als Warnsignal. „Als das Heberichsiten v. Heberichsiten das Wort der Niederlage der Kommunisten, ein Verstoß die Kreise um die Deutsche Zeitung in den Lüben Weiden ihre eigenen Vorkämpfer anspornen hatten.“

Die Deutsche Tageszeitung meint: „Der Juwenal der Sozialdemokratischen Partei erklärt sich aus der inneren Macht der Volkswirtschaft des hohen Landes. Die der Sozialdemokraten, diese kommunistische Stimmen beachte.“ Man die Reichliche Zeitung kann ihren Wahn nicht loslassen. „Ebenso ist der Erfolg der Sozialdemokratie nicht zu verkennen. Dabei das Sprichwort Augenweid und Verheerung der Rechten, die Sozialdemokraten, muß gelten. „Augenweid und Verheerung“ bedeuten die portierenden Resultate eines Erfolgs der Sozialdemokratie, wenn dieser auch keineswegs überwältigend ausgefallen